

A n t w o r t

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jens Guth, Michael Hüttner und Hans Jürgen Noss (SPD)
– Drucksache 17/10222 –

Nicht vollstreckte Haftbefehle in Rheinland-Pfalz

Die Kleine Anfrage – Drucksache 17/10222 – vom 2. Oktober 2019 hat folgenden Wortlaut:

Laut jüngster Berichterstattung des Trierischen Volksfreunds unter Berufung auf das Landeskriminalamt liegen in Rheinland-Pfalz derzeit über 5 000 nicht vollstreckte Haftbefehle vor. Dem Online-Auftritt „Zeit Online“ war zu entnehmen, dass bundesweit zum Stichtag 28. März 2019 ca. 186 000 Menschen aufgrund eines Haftbefehls in der Polizeidatenbank INPOL-Z zur Fahndung ausgeschrieben waren. Laut diesem Bericht war die Zahl der entsprechenden offenen Fahndungsausschreibungen pro Einwohnerin bzw. Einwohner etwa in Bayern im Vergleich zu Rheinland-Pfalz mehr als doppelt so hoch.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Um welche Haftbefehlskategorien handelt es sich bei den Fahndungsausschreibungen?
2. Wie hoch ist die Zahl nicht vollstreckter Haftbefehle in Rheinland-Pfalz zum Zeitpunkt der Beantwortung genau (bitte nach den Gründen für den Erlass im Sinne der Frage 1 sowie im Falle von Haftbefehlen aufgrund von Strafvollstreckung nach Deliktgruppen aufschlüsseln)?
3. Welche Gründe können typischerweise dazu führen, dass die Vollstreckung von Haftbefehlen sich zeitlich verzögert oder scheitert?
4. Führt jede nicht unmittelbar mögliche Vollstreckung eines Haftbefehls auch zu einer Ausschreibung zur Festnahme? Falls nein, warum nicht?
5. Welche Maßnahmen ergreift die rheinland-pfälzische Polizei, wenn die Vollstreckung eines Haftbefehls nicht unmittelbar möglich ist?
6. Findet im Rahmen dieser Maßnahmen eine Priorisierung etwa nach Grundlage des Haftbefehls statt?
7. Wie viele Verurteilte der Jahre 2016 bis 2018 befanden sich in Untersuchungshaft und auf welche Haftgründe waren die Untersuchungshaftbefehle gestützt?

Das Ministerium des Innern und für Sport hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 18. Oktober 2019 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Polizei unterscheidet bei den Fahndungsausschreibungen folgende Haftbefehlskategorien:

- Untersuchungshaftbefehle,
- Vollstreckungshaftbefehle,
- Unterbringungsbefehle,
- Sicherungshaftbefehle,
- Europäische Haftbefehle.

Zu Frage 2:

Bei den nachstehend genannten Zahlen zu den noch nicht vollstreckten Haftbefehlen handelt es sich um eine Momentaufnahme zum Abfragezeitpunkt (4. Oktober 2019). Durch die Polizeibehörden in Rheinland-Pfalz werden täglich Haftbefehle vollstreckt bzw. erledigt. Allerdings kommen auch täglich neue Haftbefehle hinzu. Die Gesamtzahl offener Haftbefehle unterliegt daher permanenten Schwankungen.

Bei einer Vielzahl der Haftbefehle handelt es sich um Vollstreckungshaftbefehle, die aufgrund eines vorangegangenen Straf- oder Bußgeldverfahrens erlassen worden sind und deren Vollstreckung (also die Verhaftung) durch die Verurteilten bzw. Betroffenen durch Zahlung einer Geldstrafe oder eines Bußgeldes abgewendet werden kann.

Bei dem überwiegenden Teil der sich auf Kapitaldelikte beziehenden Haftbefehle (ca. 75 Prozent) handelt es sich allerdings um sogenannte § 456 a-StPO-Fälle, bei denen Verurteilte ohne deutsche Staatsangehörigkeit nach Verbüßung einer Teilhaft ins Ausland abgeschoben wurden. Ein solches Vorgehen wird mit der Androhung verbunden, bei Wiedereinreise nach Deutschland die restliche Haft verbüßen zu müssen. Vor diesem Hintergrund wird in solchen Fällen die Fahndungsausschreibung zur Festnahme auf Basis des Vollstreckungshaftbefehls bis zum Erreichen der Verjährungsfrist aufrechterhalten. Solche Vollstreckungshaftbefehle dienen daher primär nicht der Verhaftung, sondern der Sicherstellung einer Inhaftierung im Falle einer Wiedereinreise.

Eine detaillierte Differenzierung der derzeit offenen Haftbefehle nach den unter der Frage 1 dargestellten Kategorien ist systemtechnisch nicht möglich.

Die 5 093 offenen Haftbefehle aller Kategorien beziehen sich auf 4 618 Personen.

Delikte	offene Haftbefehle
Abgabe, Verabreichung, Überlassung von Betäubungsmittel an Minderjährige	4
Altbestand = erfasst zu einem Zeitpunkt, als es noch keine Deliktsschlüssel gab, sondern nur Freitextfelder	2
Antragspflicht bei juristischen Personen und Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit	1
Aufenthalt ohne Aufenthaltstitel	4
Bandendiebstahl	57
Bedrohung	31
Beleidigung	26
Besonders schwere Brandstiftung	1
Besonders schwerer Fall des Diebstahls	304
Besonders schwerer Fall des Landfriedensbruchs	1
Betrug	385
Betrug, benannter besonders schwerer Fall	4
Betrug, durch Bandenmitglied gewerbsmäßig begangen	5
Bildung krimineller Vereinigungen	5
Bildung terroristischer Vereinigungen im Ausland	4
Brandstiftung	2
Computerbetrug	19
Diebstahl	791
Diebstahl mit Waffen	29
Einschleusen von Ausländern	1
Entziehung elektrischer Energie	5
Entziehung Minderjähriger, Verbringung ins Ausland oder im Ausland vorenthält	1
Entziehung oder Vorenthalten Minderjähriger von Eltern, Vormund oder Pfleger	8
Erpresserischer Menschenraub	2
Erpressung	5
Erschleichen eines Aufenthaltstitels	2
Erschleichen von Leistungen	112
Exhibitionistische Handlungen	6
Fahren ohne Fahrerlaubnis	256
Fahrlässige Körperverletzung	18
Falsche uneidliche Aussage	9
Falsche Verdächtigung	8
Falsche Versicherung an Eides Statt	4
Fälschung beweisheblicher Daten zur Täuschung im Rechtsverkehr	3
Fälschung von Zahlungskarten mit Garantiefunktion und Vordrucken für Eurochecks	5
Fälschung von Zahlungskarten, Schecks und Wechseln gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande	1
Fälschung von Zahlungskarten, Schecks und Wechseln zur Täuschung im Rechtsverkehr	1
Fischwilderei	2
Freiheitsberaubung	3

Delikte	offene Haftbefehle
Gefährdung des Straßenverkehrs	100
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr	1
Gefährliche Körperverletzung	111
Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr	6
Gefangenenmeuterei	3
Geiselnahme	6
Geldfälschung	12
Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte	2
Gemeinschädliche Sachbeschädigung	1
Gewerbs- oder bandenmäßiges Einschleusen	1
Gewerbsmäßige Abgabe, Verabreichung, Überlassung von Betäubungsmitteln an Minderjährige	4
Gewerbsmäßige Bandenhehlerei	1
Gewerbsmäßiges Handeln mit Betäubungsmitteln	4
Hausfriedensbruch	16
Hehlerei	9
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	1
Herstellung, Handel, Abgabe, Besitz von Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge	33
Illegale Einfuhr von Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge	27
Illegaler Anbau, Herstellung, Handel, Ein-, Ausfuhr von Betäubungsmitteln als Mitglied einer Bande	37
Illegaler Anbau, Herstellung, Handel, Ein-, Ausfuhr, Veräußerung, Abgabe, in Verkehr bringen, Erwerb, sich Verschaffen von Betäubungsmitteln	99
Illegaler Aufenthalt	44
Illegaler Besitz von Betäubungsmitteln	30
Insolvenzverschleppung	1
Inverkehrbringen von Falschgeld	1
Kennzeichenmissbrauch	9
Körperverletzung	87
Körperverletzung mit Todesfolge	5
Landfriedensbruch	1
Menschenhandel	1
Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung	3
Minder schwerer Fall von sexueller Nötigung, Vergewaltigung	1
Missbrauch von Ausweispapieren	3
Missbrauch von Notrufen und Beeinträchtigung von Unfallverhütungs- und Nothilfemitteln	3
Missbrauch von Scheck- und Kreditkarten	3
Misshandlung von Schutzbefohlenen	2
Mitführen Schusswaffe/gefährlicher Gegenstand	2
Mord	47
Nachstellung	3
Nötigung	14
Raub	27
Raub mit Todesfolge	4
Räuberische Erpressung	48
Räuberischer Angriff auf Kraftfahrer	1
Räuberischer Diebstahl	54

Delikte	offene Haftbefehle
Sachbeschädigung	31
Schuldnerbegünstigung	1
Schwere Brandstiftung	6
Schwere Körperverletzung	3
Schwerer Bandendiebstahl	103
Schwerer Fall des Menschenhandels zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft	1
Schwerer Raub	82
Schwerer sexueller Missbrauch eines Kindes	7
Sexuelle Belästigung	3
Sexueller Übergriff, sexuelle Nötigung, Vergewaltigung	67
Sexueller Missbrauch eines Kindes	12
Sexueller Missbrauch von Jugendlichen	1
Sexueller Missbrauch von Schutzbefohlenen	4
Sexueller Missbrauch widerstandsunfähiger Personen	3
Sonstige Straftaten nach Asylgesetz	1
Steuerhhelei	1
Steuerhinterziehung	39
Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten	1
Strafvereitelung	5
tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte	2
Totschlag	44
Trunkenheit im Verkehr	281
Unbefugter Gebrauch eines Fahrzeugs	2
Unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen außerhalb einer dafür zugelassenen Anlage oder unter wesentlicher Abweichung von einem vorgeschriebenen oder zugelassenen Verfahren	2
Unerlaubte Einreise	10
Unerlaubte Wiedereinreise nach Ausweisung/Abschiebung	10
Unerlaubter Umgang mit Abfällen	1
Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort	94
Unterschlagung	30
Untreue	5
Urkundenfälschung	93
Urkundenfälschung, besonders schwerer Fall	1
Verbotene Kraftfahrzeugrennen	3
Verbreitung pornographischer Schriften an eine Person unter 18 Jahren	1
Verletzung der Unterhaltspflicht	13
Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	1
Verletzung des Post- oder Fernmeldegeheimnisses	1
Verleumdung	1
Verschaffen von falschen amtlichen Ausweisen	8
Verstoß gegen das Asylgesetz	1
Verstoß gegen das Anti-Doping-Gesetz	1
Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz	225
Verstoß gegen das Chemikaliengesetz	3
Verstoß gegen das Gewaltschutzgesetz	10
Verstoß gegen das Landesgesetz Rheinland-Pfalz	2
Verstoß gegen das Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch	1
Verstoß gegen das Markengesetz	5
Verstoß gegen das Ordnungswidrigkeitengesetz	41

Delikte	offene Haftbefehle
Verstoß gegen das Pflichtversicherungsgesetz	46
Verstoß gegen das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz	1
Verstoß gegen das Strafgesetzbuch	1
Verstoß gegen das Tierschutzgesetz	3
Verstoß gegen das Waffengesetz	17
Verstoß gegen die Abgabenordnung	1
Verstoß gegen die Insolvenzordnung	2
Verstoß gegen Weisungen während Führungsaufsicht	7
Verstrickungsbruch, Siegelbruch	1
Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	2
Vollrausch	3
Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat	5
Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt	11
Vortäuschen einer Straftat	8
Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	47
Wiederholte Zuwiderhandlung gegen Aufenthalts- oder räumliche Beschränkung	2
Wohnungseinbruchdiebstahl	77
Zuhälterei	2
Zwangsprostitution	1
Kein Delikt hinterlegt (z. B. Vollstreckung von Ordnungswidrigkeiten)	598
Gesamtergebnis	5 093

Zu Frage 3:

Die Polizei Rheinland-Pfalz verfolgt das Ziel, jeden Haftbefehl unverzüglich zu vollstrecken. Damit soll unter anderem auch eine mögliche Begehung weiterer Straftaten der Gesuchten unterbunden werden. Voraussetzung für die Vollstreckung ist jedoch, dass der Polizei der aktuelle Wohn- oder Aufenthaltsort der Festzunehmenden bekannt ist. Verlassen mit Haftbefehl gesuchte Personen die Bundesrepublik Deutschland vorübergehend oder auf Dauer, wechseln sie ihren Wohnort, ohne ihrer melderechtlichen Verpflichtung nachzukommen, oder verfügen sie über keinen festen Wohnsitz, gestalten sich Aufenthaltsermittlungen bzw. Haftbefehlsvollstreckungen der Polizei in der Regel schwierig und langwierig.

Zu Frage 4:

Ja.

Zu den Fragen 5 und 6:

Kann ein Haftbefehl aus den in der Antwort zu Frage 3 aufgeführten Gründen nicht unmittelbar nach Erlass vollstreckt werden, schreibt die für die Vollstreckung eines Haftbefehls zuständige Polizeibehörde die gesuchte Person nach justizieller Anordnung im nationalen polizeilichen Fahndungssystem aus. Damit ist gewährleistet, dass die Festnahme im Rahmen allgemeiner Kontroll- oder zielgerichteter Fahndungsmaßnahmen erfolgt. Dies gilt für alle nicht vollstreckten Haftbefehle unabhängig von der Art und dem der Ausschreibung zugrunde liegenden Delikt.

Zur Ermittlung des aktuellen Aufenthaltsorts von gesuchten Personen tauschen die rheinland-pfälzischen Polizeidienststellen die notwendigen Informationen mit den Polizei-, Justiz- und Verfassungsschutzbehörden des Bundes und anderer Länder aus. Dabei wird auch die allgemeine Verwaltung (z. B. Ausländer- und Meldebehörden) mit einbezogen. Liegen darüber hinaus Erkenntnisse auf einen möglichen Aufenthalt des Gesuchten im europäischen Ausland vor, erwirken die zuständigen Justizbehörden, sofern die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen, einen europäischen oder internationalen Haftbefehl.

Im Rahmen der Priorisierung der zu vollstreckenden Haftbefehle werden u. a. die dem Haftbefehl zugrunde liegende Straftat (z. B. PMK-Delikt oder Gewaltdelikt), die Höhe der Haftstrafe oder auch die Persönlichkeit des Gesuchten (z. B. Mehrfach- und Intensivtäter) berücksichtigt.

Zu Frage 7:

Nach dem Ergebnis der Strafverfolgungsstatistik Rheinland-Pfalz befanden sich 933 der dort für das Jahr 2018 insgesamt erfassten 39 489 abgeurteilten Personen in Untersuchungshaft. Im Jahr 2017 befanden sich 1 044 und im Jahr 2016 1 024 der abgeurteilten Personen in Untersuchungshaft.

Dabei wurden folgende Haftgründe (teilweise auch nebeneinander) angeführt:

Haftgrund	2016	2017	2018
Flüchtig oder Fluchtgefahr (§ 112 Abs. 2 Nr.1, 2 StPO)	921	955	852
Verdunkelungsgefahr (§ 112 Abs. 2 Nr. 3 StPO)	47	62	44
Verbrechen wider das Leben (§ 112 Abs. 3 StPO)	25	23	12
Wiederholungsgefahr bei			
– Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§ 112 a Abs. 1 Nr. 1 StPO)	20	14	9
– den in § 112 a Abs. 1 Nr. 2 StPO genannten Straftaten	80	83	88

In Vertretung:
Randolf Stich
Staatssekretär